

Die andere Kulturrevolution

Wu Yichings Thesen zur historischen Krise des chinesischen Sozialismus

Zur Kulturrevolution Chinas gibt es zwei vorherrschende Erzählungen. Die eine betont die Tumulte und das Chaos und rechtfertigt damit die Eindämmung der sozialen Rebellion und die Wiederherstellung der staatlichen Ordnung. Vertreten wird sie von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), aber auch von ausländischen Machteliten, Mainstream-Medien und Teilen des Wissenschaftsapparats. Die andere Erzählung – vor allem von Linksorthodoxen und Neomaoisten getragen – romantisiert die soziale Rebellion, ikonisiert ihre Führer und banalisiert die tiefgreifenden sozialen und politischen Widersprüche in der Kulturrevolution – und meist auch im chinesischen Sozialismus insgesamt.

Wu Yiching (吴一庆), Lehrbeauftragter am Institut für Ostasiestudien der Universität Toronto, hinterfragt in „The Cultural Revolution at the Margins. Chinese Socialism in Crisis“ (2014) beide Erzählungen.¹ Er erkennt in den historischen Diskursen eine „Lücke“ (S. xvii). Während die einen die postsozialistische Transformation nur aus dem Blickwinkel des „Abschieds von der Revolution“ und der Wiedereinführung der Marktwirtschaft darstellten, scheuten die anderen eine (selbst-)kritische Untersuchung der revolutionären und sozialistischen Vergangenheit Chinas.

In seinem Buch, für das er jahrelang in chinesischen Archiven recherchierte, erzählt Wu auf lebhafte und spannende Weise „die andere Kulturrevolution“ – so der Haupttitel seiner dem Buch zugrundeliegenden Dissertation. Seine Analyse ergänzt, präzisiert und hinterfragt die anderer Chronisten – wie die von MacFarquhar und

¹ Wu Yiching, *The Cultural Revolution at the Margins. Chinese Socialism in Crisis*, Cambridge 2014. Alle Seitenzahlen im Text beziehen sich auf dieses Buch.

Schoenhals sowie von Meisner.² Mehr noch, er trägt zur Füllung der diskursiven „Lücke“ bei, indem er Mythen der revolutionären Geschichte des chinesischen Sozialismus offenlegt und die turbulenten Geschehnisse der 1960er Jahre aus einer kapitalismus- und staatskritischen Perspektive aufschlüsselt. Nicht die „Geschichte von Helden“ (Braudel) oder das Zentrum der Kulturrevolution nimmt er in den Blick, vielmehr will er von den Rändern (*margins*) aus diejenigen „ins historische Sichtfeld rücken und hörbar machen, die sonst nur am Rande der Bewegung erscheinen, wo die Unzufriedenen, Benachteiligten und Ausgeschlossenen ihre Ansprüche geltend machten und die Paralyse der politischen Ordnung kreativ für sich ausnutzten“ (S. xvi). Er will „à la Michel Foucault“ historisches Wissen über die Kämpfe wiedergewinnen und „die historischen und theoretischen Lehren erfassen, die sie uns und unserem aktuellen Projekt einer Neufassung egalitärer Politik hinterlassen haben“ (S. 224 f.).

Eine deutschsprachige Übersetzung des Buches ist geplant. Dieser ausführliche Rezensionsaufsatz soll die notwendige und überfällige Diskussion einer alternativen Sichtweise auf die Kulturrevolution jedoch jetzt schon eröffnen.

Die unvorstellbare Revolution

Im ersten Kapitel steckt Wu den Untersuchungsrahmen ab. In den späten 1960er Jahren hielten weltweit viele Linke die Kulturrevolution für ein „radikales politisches Ereignis und eine Quelle der Revolte und neuer Formen der Kollektivität, die herrschende politische Strukturen erschütterte“ (S. 1). Die „permanente Revolution“ des Mao Zedong (毛泽东) könnte, so wurde gehofft, offensichtliche Blockaden des bürokratischen Staatssozialismus überwinden.³

² Siehe Roderick MacFarquhar / Michael Schoenhals, *Mao's Last Revolution*. Cambridge 2006, und die Kapitel zur Kulturrevolution in Maurice Meisner, *Mao's China and After: A History of the People's Republic*, 3rd edition, New York 1999.

³ Siehe unter anderem Max Elbaum, *Revolution in the Air: Sixties Radicals Turn to Lenin, Mao and Che*, London 2002.

Heute scheint die Kulturrevolution dagegen „so tot wie nie zuvor“, als „Ära des Wahnsinns“ (S. 2 f.). Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) selbst bezeichnet die Zeit von 1966 bis 1976 schon seit Anfang der 1980er Jahre offiziell als „zehn Jahre des Chaos“ und rechtfertigt den vollzogenen Übergang zur staatlich gelenkten Marktwirtschaft und die Eingliederung in den globalen Kapitalismus mit den kulturrevolutionären Tumulten (S. 7).

Seit Mitte der 1990er Jahre führten die Auswirkungen der kapitalistischen Vermarktlichung – wachsende Ungleichheit, Umweltschäden, Massenentlassungen, die Ausweidung sozialer Absicherungssysteme, grassierende Korruption und private Aneignung öffentlicher Güter, die Ausbeutung der ländlichen Migrant_innen – in einigen proletarischen (wie auch in studentischen und aktivistischen) Gruppen zu einem gewissen Mao-Revival. Die Ikonisierung von Mao und die Romantisierung der kulturrevolutionären Ereignisse vermischten sich mit einer Kritik der herrschenden Verhältnisse und inspirierten mitunter Aktionen sozialer Gegenwehr. Die KPCh be- oder verhindert bis heute Forschungen zur Kulturrevolution, um die „Repolitisierung eines subversiven und potentiell explosiven Themas in Zeiten sozialer und politischer Unsicherheit“ abzuwenden (S. 5). Wu selbst wurde während seiner Recherchen in Archiven in Changsha verhaftet und mehrere Tage und Nächte vernommen. Ein ihn verhörender Beamter erklärte ihm, dass „feindliche Elemente in China und im Ausland die Erinnerung und das Wissen der Kulturrevolution ausnutzen werden, um uns Ärger zu bereiten“ (S. 6). Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Zahl sozialer Proteste steigt die Angst der KPCh, dass rebellische, kulturrevolutionäre Konzepte wie Öl und Benzin auf Feuer wirken könnten.

Maos permanente Revolution

Revolutionäre, die Unordnung heraufbeschworen hatten, wurden Funktionäre zur Aufrechterhaltung der Ordnung. (S. 24)

Den Sinn (und Unsinn) der in der Kulturrevolution zentralen und für die KPCh potentiell gefährlichen Konzepte „Klasse“ und „Klassenkampf“, ihre institutionelle Kodifizierung und die Verwirrung um alte und neue Klassenantagonismen diskutiert Wu im zweiten Kapitel. Anfang 1966 erschien China noch relativ stabil, Monate später wurden seine politischen Grundfesten erschüttert. Ideologische Auseinandersetzungen in der KPCh über Maos Interpretation der „permanenten Revolution“ und Klassenkonflikte im Sozialismus überschritten sich mit dem Machtkampf innerhalb der KPCh-Führung. Die konnte sich über die aus dem katastrophalen Verlauf des „Großen Sprungs nach Vorne“ (*da yue jin* 大跃进; 1958-61) zu ziehenden Lehren nicht einig werden und hatte sich zunehmend zerstritten. Wu betont, dass Mao – trotz seiner „oft widersprüchlichen und bruchstückhaften Ideen“ (S. 22) – die Probleme erkannt hatte, die mit der Etablierung der KPCh als staatliches Machtzentrum einhergingen. Geprägt durch langanhaltende kriegerische Auseinandersetzungen (gegen die japanische Besatzungsmacht und im Bürgerkrieg gegen die Nationalisten) war seit Ende der 1940er Jahre ein „hochgradig repressiver Garnisonsstaat“ entstanden, „in dem Institutionen der Partei, des Militärs und des Staates eng verwoben waren“. Die im Bürgerkrieg „siegreiche revolutionäre Partei verwandelte sich in weniger als einem Jahrzehnt in einen riesigen bürokratischen Staatsapparat“ (S. 23).

Im Widerspruch zur offiziellen Ideologie bildete der sozialistische Staat ausgefeilte Hierarchien in Form eines „umfassenden Systems der Kadereinstufung“ mit entsprechenden Einkommensunterschieden und Privilegien heraus (S. 25). So verdienten die höchsten Kader dreißig Mal mehr als die untersten, erhielten größere Häuser und

Autos, durften Hausbedienstete beschäftigen und anderes mehr. „Chinas Partei- und Staatselite wurde durch eine zentralisierte, hierarchische Organisation zusammengehalten und von der Allgemeinbevölkerung getrennt“ (S. 26). Arroganz, Selbstgefälligkeit, Korruption und Machtmissbrauch der Bürokraten taten ein Übriges. Wu warnt allerdings davor, „den Staat und die herrschende Partei als monolithischen Block“ zu sehen (S. 30). Teile der Parteiführung wollten Bürokratisierung, Korruption und Kaderwillkür bekämpfen, und entsprechende Versuche durchzogen die gesamte Mao-Ära. Wu lässt allerdings offen, welche Motive hinter diesen Versuchen standen: das ideologisch geprägte Weitertreiben revolutionärer Prozesse, die Optimierung und Absicherung der Parteiherrschaft oder Machtinteressen einzelner Parteifractionen?

Sicher ist, dass Mao bereits vor der Kulturrevolution verstanden hatte, dass sich die Mobilisierung populärer und außerparteilicher Kritik an der Parteihierarchie einsetzen ließ, um die Partei zu disziplinieren und seine eigene Machtposition abzusichern. So lud die von ihm inszenierte Kampagne der „Hundert-Blumen-Bewegung“ (*baihua yundong* 百花运动) von 1956/57 alle Unzufriedenen außerhalb der Partei ein, Missstände öffentlich zu benennen. Als sich die geäußerte Kritik jedoch vehement gegen die neue privilegierte Klasse, gegen Ungleichheiten und die ideologische Orthodoxie wandte, ließ die KPCh-Führung die Bewegung abrupt beenden. In einer hastig organisierten „Kampagne gegen Rechtsabweichler“ (*fanyou yundong* 反右运动) wurden Hunderttausende gebrandmarkt, um weitere öffentliche Kritik an der sozialistischen Führung zu verhindern.

Die Kategorie „Klasse“ spielte bereits in der Rechtsabweichlerkampagne eine zentrale Rolle. Das geschah im Kontext „eines immensen institutionellen und diskursiven Apparates, der allen Chines_innen einen Klassenstatus zuwies, diesen nachverfolgte und sie entsprechend behandelte“ (S. 39). „Nach dem kommunistischen Sieg 1949 wurde die Praxis der Klassenzuweisung, vorher Teil der Massenmobilisierung für bestimmte Kämpfe, in ein rigides büro-

kratisches System der politischen Kontrolle verallgemeinert, indem soziale Identitäten benannt und klassifiziert wurden“ (ebd.). Die gesamte Bevölkerung Chinas sah sich in mehr als vierzig Klassenkategorien (*chengfen* 成分) eingeteilt, meistens anhand der sozio-ökonomischen Position (Bäuerin, Landbesitzer, Kleinkapitalist, Arbeiter_in usw.), zum Teil auch gemäß politischer Kategorien (revolutionärer Kader, Rechtsabweichler, Konterrevolutionär usw.). Durch ökonomische und politische Zuschreibungen wurden so Freunde und Feinde des neuen Staates festgelegt, was sich als „nützlich erwies für die Disziplinierung abweichenden sozialen und politischen Handelns, das in den späten 1950er und frühen 1960ern stark zunahm“ (S. 43). In den späten 1950er Jahren wurde außerdem ein Meldesystem (*hukou* 户口) eingeführt, das allen Einwohner_innen einen bestimmten – ländlichen oder städtischen – Wohnort zuordnete. Klasseneinteilung und *hukou*-System wirkten zusammen als Teile einer „disziplinierenden Bevölkerungsverwaltung“ (ebd.).

Die Klassenkodifizierung wurde von Anfang der 1950er Jahre bis zum Ende der Mao-Ära für soziale Mobilisierungen und politische Kampagnen eingesetzt. „Obwohl Mao wiederholt verkündete, dass die Klassenfeinde etwa fünf Prozent der chinesischen Gesamtbevölkerung ausmachten, lag der tatsächliche Anteil der Angegriffenen wesentlich höher, denn wenn eine Person abgestempelt wurde, konnten auch deren engere Familie und andere Verwandte stigmatisiert werden“ (S. 45). Große Teile der chinesischen Gesellschaft waren allerdings weder ausgesprochen proletarisch noch bürgerlich und sollten dennoch genau klassifiziert werden. Um einer unvoreilhaftigen Klassenzuweisung durch die KPCh zuvorzukommen, „erfanden“ viele Menschen ohne eindeutige Klassenidentität eine solche durch „eine kreative Interpretation ihrer biografischen Daten“ (S. 46).

Die Einordnung der gesamten Gesellschaft in dauerhaft fixierte Klassenkategorien wurde durch eine radikal dualistische Sprache abgesichert. Diese teilte „die Welt in Gut und Böse und ein ausgeklügeltes Symbolsystem binärer Gegensätze ein (rot / schwarz,

neu / alt, offen / versteckt, rein / verunreinigt usw.), das metaphorisch die beiden Welten des Proletariats und der Bourgeoisie abbildete“ (S. 47). „Klassenfeinde wurden vor allem den vorrevolutionären sozialen Positionen entsprechend definiert“ und mit Begriffen belegt, die der traditionellen „Folklore dämonischer Muster“ entsprachen (Schlange, Monster, usw.) (S. 48). Neue soziale Konflikte der sozialistischen Ära konnten so als „Fortsetzung der titanischen Kämpfe der Vergangenheit zwischen den revolutionären Kräften und den Agenten des *ancien régime* beschrieben“ werden (S. 49).

Nachdem die Kulturrevolution im August 1966 mit Maos Aufforderung, „gegen dekadente Funktionäre zu rebellieren und bürgerliche Figuren und Ideen zu bekämpfen“ (S. 50), begonnen hatte, wurden verstärkt Menschen mit zweifelhaftem Klassenhintergrund angegriffen. Die „Misshandlungen machtloser Zielpersonen der alten Klasse“ wurden „als Akte mit hoher politischer Bedeutung“ gefasst, während „die Angriffe auf parteiliche und staatliche Autoritäten als Klassenkampf“ ausgegeben wurden (S. 50 f.). Auch wenn die Initialzündung *von oben* gekommen war, das Feuer verbreitete sich *von unten*. Mehr als anderthalb Jahrzehnte nach der Gründung der Volksrepublik China „gab es in der Bevölkerung eine weitverbreitete Verbitterung über die bürokratischen Privilegien und den Machtmissbrauch durch Kader“, und viele Menschen nahmen gerne das „neu verkündete Recht auf Rebellion gegen die etablierten Autoritäten“ in Anspruch (S. 51). Maos fragmentarische Ideen wurden kreativ interpretiert und für diverse Zwecke eingesetzt: zur Regelung persönlicher Konflikte, in parteiinternen Rivalitäten, zum Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit, zur Rechtfertigung von Angriffen gegen politische Autoritäten usw.

Von der guten Abstammung zum Recht auf Rebellion

Es gibt noch nicht genug Chaos in Beijing. (S. 66)⁴

In den folgenden drei Kapiteln beschreibt Wu soziale und politische Kräfte, welche den Raum für Rebellion nutzten und die maoistische Führung herausforderten. Das dritte Kapitel dreht sich um die Anfangsphase der Kulturrevolution und die Gründung der Roten Garden (*hongweibing* 红卫兵) in Beijing. Nachdem Mao im Mai 1966 zur Kulturrevolution aufgerufen hatte, schickte Staatspräsident Liu Shaoqi (刘少奇) „Arbeitsgruppen der Partei in die Schulen, damit diese dort die Kontrolle übernehmen und den zunehmenden Aktivismus der Schüler_innen und Student_innen überwachen“ (S. 59). Das führte jedoch zu weiteren Konflikten, da militante Schüler_innen und Student_innen ihre Bewegung ohne eine solche Parteiaufsicht weitertreiben wollten. Mao pfiff die Arbeitsgruppen im Juli zurück. In der Folge verlor die KPCh die Kontrolle und die Zahl unabhängiger Gruppen von Schüler_innen und Student_innen explodierte.

Die Situation war allerdings paradox. Motiviert durch Maos Parole „Rebellion ist gerechtfertigt“ (*zaofan youli* 造反有理), wurde offen Widerstand gegen Parteinstanzen geleistet, aber die Anführer_innen dieses Widerstands waren Schüler_innen und Student_innen, die aus politisch privilegierten Familien stammten und sich auf die sogenannte Blutlinientheorie (*xuetong lun* 血统论) beriefen, nach der „China nur von denen mit rein revolutionärem Familienstammbaum geführt werden sollte“ (S. 14). Innerhalb der Roten Garden existierte eine ausgefeilte Hackordnung „unterschiedlicher Rottöne“ mit den Kindern hoher Armeeoffiziere an der Spitze, gefolgt von denen ziviler Kader und ganz unten denen aus proletarischen und bäuerlichen Familien (S. 62). Da es in Beijing nur wenige

⁴ *Beijing luan de bu libai* 北京乱的不厉害 – Mao Zedong, August 1966

Industriearbeiter_innen, Bauern und Bäuerinnen gab, konnten anfangs nur 15 bis 20 Prozent der Mittelschüler_innen – darunter viele aus Kaderfamilien – in die Roten Garden aufgenommen werden. Diese griffen im August und September 1966 Menschen mit „schlechter Klassenherkunft“ an – der sogenannte „Rote Terror“ (*hongse kongbu* 红色恐怖) begann. In Beijing wurden in diesen beiden Monaten nach offiziellen Angaben mindestens 1.772 Menschen getötet und 33.600 Wohnungen und Häuser durchsucht und verwüstet (S. 67). „Eine Kampagne gegen die ‚Vier Relikte‘ [*si jiu* 四旧] (alte Ideen, alte Kultur, alte Sitten und alte Gewohnheiten) zielte auf die verbliebenen Privilegien der früheren Eliten und anderer Städter_innen“ (S. 65). Tausende historische Stätten wurden demoliert und zerstört, Anzeichen bürgerlichen Lebensstils an Straßenkontrollpunkten aufgespürt und die unproletarisch Gekleideten oder Frisierten bestraft. Im Spätsommer 1966 wurden allein aus Beijing 77.000 Menschen – vor allem der „fünf schwarzen Kategorien“ (*bei wu lei* 黑五类; Hausbesitzer, reiche Bauern, Konterrevolutionäre, schlechte Elemente, Rechtsabweichler) inklusive ihrer Familienmitglieder – im Zusammenspiel von Garden und Stadtverwaltung in entfernte ländliche Gebiete verbannt (S. 65 f.).

Laut Wu spricht wenig für eine zentrale Lenkung der Gewaltaktionen durch die KPCh-Spitze. Vielmehr entwickelte sich die Bewegung der Roten Garden, weil die Bürokratie angesichts der wilden Aktionen der Jugendlichen „paralysiert“ war (S. 66). „Nachweislich gab es kein klar umrissenes, zentral auferlegtes Modell, das die enthusiastischen Jugendlichen nachahmen sollten, sondern nur einen allgemein geltenden ideologischen Grundsatz, dass die revolutionären Erben unerbittlich gegen die heimtückischen Klassenfeinde kämpfen müssen“ (S. 67). Die Roten Garden konnten jedoch in zehntausenden Fällen von Hausdurchsuchungen, Eigentumsbeschlagnahmen und tätlichen Angriffen gegen Mitglieder stigmatisierter Klassenkategorien auf das Wegschauen oder gar die Hilfestellung der örtlichen Polizei und Parteiinstanzen zählen.

Ab Oktober 1966 änderte sich die Windrichtung, wie Wu schreibt, „partiell, aber entscheidend“ (S. 73). Die KP-Führung gab die „neue politische Formel“ aus, dass die „bürgerliche, reaktionäre Linie“, welche die Machthaber aus der Schusslinie genommen und den Kampf gegen die Massen gerichtet habe, bekämpft werden müsse. „Örtliche Parteiinstanzen wurden angewiesen, jene zu rehabilitieren, die in den Monaten zuvor als Konterrevolutionäre oder schwarze Banden gebrandmarkt worden waren“ (ebd.). Das führte zur Spaltung der Bewegung. Neugegründete Rote Garden von Menschen mit „zweifelhaftem“ Familienhintergrund gingen gegen den Parteiapparat und hohe Funktionäre vor. Mit ihrem Gegendiskurs zur Blutlinientheorie wurden sie zu Rebellen (*zaofanpai* 造反派) gegen die herrschende Ordnung. Die nun „alte Rote Garden“ genannten Konservativen (*baoshoupai* 保守派) mit rotem Familienhintergrund waren dagegen „über Nacht selbst zu Bastarden“ und zu Angriffszielen der Bewegung geworden (S. 74). Sie versuchten, ihre Privilegien als Abkömmlinge der Partei, Staats- und Militärführer und die herrschende Ordnung zu verteidigen. Von den Rebellenangriffen ausgenommen war nur eine kleine Schicht von KPCh-Führern um Mao, obwohl – eine Ironie der Geschichte – die meisten dieser „KPCh-Führer der höchsten Ebene, einschließlich Mao und seines mutmaßlichen Nachfolgers Lin Biao [林彪], keinen armen bäuerlichen Hintergrund hatten und auch nicht aus der Arbeiterklasse stammten“ (S. 75).

Einige Rebell_innen entwickelten gar ein alternatives Verständnis von Klasse. Wu schildert das prominente Beispiel von Yu Luo (遇罗克), einem jungen Fabriklehrling aus Beijing, dessen Familie vor 1949 zwischen Armut und bescheidenem Wohlstand oszillierte, nach 1949 jedoch als Teil der „kapitalistischen Klasse“ eingestuft wurde. Da seine Eltern 1957 zudem als Rechtsabweichler gebrandmarkt wurden, war Yu aufgrund des doppelten Familienstigmas (Kapitalist, Rechtsabweichler) der Zugang zu höheren Schulen oder qualifizierten Berufstätigkeiten verwehrt. Er begann im Spätsommer 1966 einen Aufsatz zu schreiben, der unter dem Titel

„Über die Klassenherkunft“ (*chushen lun* 出身论) bekannt wurde und von dem ab Anfang 1967 landesweit über eine Million Exemplare zirkuliert haben sollen. Allein in Beijing beteiligten sich mehr als zwanzig Zeitungen von Roten Garden an der hitzigen Diskussion von Yus Thesen, die auch die Aufmerksamkeit der KPCh-Führung erregten.

In seinem Aufsatz protestierte Yu gegen die „bürokratisch konstruierten Klassenkategorien“ (S. 82). Er stellte die Blutlinientheorie in Frage und forderte politische Rechte für alle, unabhängig von ihrer Klassenherkunft. Er kritisierte, dass die Rotgeborenen in China Privilegien genossen, während Menschen mit „zweifelhaftem“ Klassenhintergrund Rechte vorenthalten wurden. Das Klassenstausystem Chinas verglich er mit einem „repressiven Kastensystem“ und die in China Stigmatisierten mit den Schwarzen in den USA, den Dalit in Indien und den Burakumin in Japan (S. 83). „Von einer Kritik der sozialen Bedingungen, die eine Klasse von Ausgestoßenen schufen, gelangte Yu Luo ke zu einer Analyse des Systems von Ungleichheiten, das eine herrschende Elite hervorbrachte“ (S. 87). Hier sieht Wu die subversive Bedeutung der Kritik Yus, die für ihn mehr ist als nur die Vertretung der Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe (der „Ausgestoßenen“). Aus der Mobilisierung der „schwarzen Jugend“ wurde ein „größerer Kampf gegen die privilegierte Schicht“ und für eine „Transformation der Klassenverhältnisse im chinesischen Sozialismus“, getragen nicht nur durch die „am meisten unterdrückten Jugendlichen“, sondern durch die „arbeitenden Menschen Chinas insgesamt“ (S. 89 f.).

Selbst einigen Rebellen ging diese Kritik an der Partei zu weit. Die KPCh-Führung ließ diese Diskussion über die Klassenherkunft zwar kurzzeitig zu und trieb sie teilweise gar voran, ab April 1967 wendete sich jedoch das Blatt. Yus Aufsatz galt nun offiziell als „giftiges Unkraut“, und nach seiner Verhaftung im Januar 1968 wurden viele seiner Mitstreiter_innen und Leser_innen verfolgt und zum Teil ebenfalls eingesperrt. Am 5. März 1970 ließ die KP-Führung Yu Luo ke schließlich als „aktiven Konterrevolutionär“

zum Tode verurteilen und in Beijing vor 100.000 Menschen hinrichten (S. 92).

Ideen wie die von Yu Luohe und anderen boten die Chance, die maoistische Ideologie mit ihren staatlich sanktionierten Klassenkategorien rechts liegen zu lassen und eine Analyse und Kritik der Klassenverhältnisse im sozialistischen China zu formulieren. Neben Yus Thesen zirkulierten weitere Papiere, die ähnlich kritische Standpunkte entwickelten – eine Kritik, die drohte, das Bedeutungsgefüge der Kulturrevolution aufzubrechen und neu zusammenzufügen.

Revolutionäre Alchemie

Weitgehend von oben begonnen, war es in der Kulturrevolution zwar leicht, die Masse unterdrückter Energie explodieren zu lassen, jedoch deutlich schwieriger, die Reichweite der Explosion zu begrenzen. (S. 98)

Ein Ereignis, das im ganzen Land die weitere Entfaltung der Kulturrevolution prägen sollte, schaut sich Wu im vierten Kapitel an. Die vorherrschende Erzählung beschreibt die auch „Januarsturm“ (*yiyue fenbao* 一月风暴) genannten Ereignisse in Shanghai Anfang 1967 als „Radikalisierung“, weist Mao eine Schlüsselrolle zu und behauptet, dass die Macht von der Parteispitze auf „das Volk“ übergegangen sei. Eine andere Interpretation beschreibt die Wirkung der Ereignisse als „demobilisierend oder deradikalisierend“ (S. 96). Wu betont, dass beide Interpretationen den lokalen Entwicklungen in Shanghai im Nachhinein Kausalität und Kohärenz andichten, während die Ereignisse vielmehr „einen fließenden und widersprüchlichen Moment darstellten, in dem sowohl Ausbruch wie auch Eindämmung und sowohl Rebellion wie auch Ordnung eng verwoben waren“ (S. 97).

In Shanghai begann die Kulturrevolution im Spätsommer 1966 ebenfalls mit der Bewegung der Roten Garden, und auch hier kam es ab Ende Oktober zu einer partiellen Wende, als die Parteihierar-

chie zum Hauptziel der Angriffe wurde. Im Unterschied zu anderen Teilen Chinas griffen die Aktionen der Rebell_innen in Shanghai jedoch „von den Schulen auf die Fabriken über und weiter von Fabrik zu Fabrik“ (ebd.). Im November gründeten Rebell_innen das „Arbeitergeneralhauptquartier“ (*gongren zongbu* 工人总部), das von lokalen Parteiinstanzen als revolutionäre Organisation anerkannt wurde. Somit hatten nun auch Arbeiter_innen das Recht, sich zu organisieren – vorher durften das nur Schüler_innen und Student_innen.

Die maoistische Führung hatte allerdings die Störungswirkung der Massenmobilisierung auf die Parteibürokratie und vor allem auf die Produktion unterschätzt. Sie wollte die Kulturrevolution „in den Fabriken und Kommunen nur in der Freizeit“ stattfinden lassen, aber die Arbeiterrebell_innen von Shanghai wehrten sich dagegen (S. 98). Von November 1966 bis Januar 1967 nahmen nun unterschiedliche soziale Gruppen aktiv an der Bewegung teil. Die sich rasch verbreitenden Arbeiterforderungen nach höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzgarantien, besserer Gesundheitsversorgung und anderem wurden mit dem Begriff „Ökonomismus“ (*jingji zhuyi* 经济主义) belegt. Die Unzufriedenheit hatte es seit Langem gegeben, doch auch hier wurde sie erst in der Kulturrevolution sichtbar und führte zu militanter Gegenwehr. 1966 lagen die Durchschnittslöhne etwa fünf Prozent unter denen von 1957, die Preise dagegen um zehn Prozent höher (S. 99). Mit den wirtschaftlichen Aufholversuchen seit Ende der 1950er Jahre hatten sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert und die Zahl der Überstunden hatte deutlich zugenommen. Im Zuge des Großen Sprungs (1958–61) waren viele Ressourcen in den Aufbau der Schwerindustrie gelenkt worden. Mit seinem Scheitern war es zu Hungersnöten gekommen, und viele hastig errichtete Betriebe waren wieder geschlossen worden – alleine in Shanghai 600 und damit zwanzig Prozent aller Staatsbetriebe. Viele Arbeiter_innen waren arbeitslos. Zudem galt ab da ein Einstellungsstopp und die Löhne blieben (bis 1977) eingefroren (S. 101).

Wu zählt mehrere an der Kulturrevolution in Shanghai beteiligte soziale Gruppen auf: junge *Lehrlinge*, die während ihrer langen Ausbildung oft weniger als die Hälfte der Durchschnittslöhne bekamen; *Jugendliche*, die seit Mitte der 1950er Jahre aufs Land geschickt worden waren; *befristet Beschäftigte*, die niedrigere Löhne als die regulären, festangestellten Arbeiter_innen und kaum Sozialleistungen erhielten und nur die härtesten Jobs zugewiesen bekamen. Viele von ihnen waren *Frauen*, die seit 1949 zwar für die Lohnarbeit mobilisiert, aber meist nur befristet, als Ungelernte und zu niedrigen Löhnen eingestellt wurden. Schließlich beteiligten sich auch die im Zuge des Großen Sprungs eingestellten und 1961 und 1962 wieder *entlassenen Arbeiter_innen*, die mit der Parole „Die Landwirtschaft unterstützen“ (*zhinong* 支农) in die Dörfer geschickt worden waren und dadurch ihren städtischen *hukou* verloren hatten, den sie auch dann nicht zurückerhielten, wenn sie später als Befristete wiedereingestellt wurden. Alle diese Gruppen brachten Ende 1966 ihre „ökonomistischen“ Forderungen im Rahmen der Rebellenbewegung Shanghais vor. „[A]llgemeinere politische Fragen mit Bezug auf das Verhältnis der Arbeiter_innen zum Staat oder auf den entscheidenden Aspekt der Klassenbeziehungen im chinesischen Sozialismus thematisierten die Arbeiterrebell_innen nicht“ (S. 106).

Zwischen Ende November 1966 und Januar 1967 spitzte sich die Lage weiter zu. Schätzungen zufolge gab es in Shanghai über 5.300 autonom organisierte Gruppen (S. 109). Mitte Dezember waren viele Behörden Shanghais paralytisch. Staatsvertreter aller Ebenen standen in den Auseinandersetzungen mit den Protestierenden unter Druck, zahlten hohe Summen an Löhnen und Zulagen, stuften lokale Betriebe als Staatsunternehmen ein, hoben die Löhne in ländlichen Gebieten auf breiter Ebene an und entfristeten zahlreiche Beschäftigungsverhältnisse. „Arbeitsniederlegungen und das Verlassen des Arbeitsplatzes griffen Ende Dezember und Anfang Januar immer weiter um sich“ (S. 111). Nachdem das Arbeitergeneralhauptquartier der Rebellen die „Roten Arbeitergarden“ (*gongren chiweidui*

工人赤卫队) der Konservativen in gewalttätigen Auseinandersetzungen besiegt und aus den Betrieben vertrieben hatte, ging die Produktion weiter zurück. Auch Transportarbeiter_innen schlossen sich der Rebellion an, sodass Fabriken schließen mussten, weil sie nicht mehr beliefert wurden. Gleichzeitig wurden die Geschäfte leergekauft, schließlich hatten die Leute ihre gerade erhöhten Löhne erhalten.

Anfang Januar 1967 füllten dann einige Rebellengruppen das politische Vakuum, das durch die Funktionsunfähigkeit der städtischen Behörden entstanden war, und übernahmen Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen. Dieses Vorgehen war jedoch nicht, wie oft behauptet, von Mao oder seinen nach Shanghai geschickten Vertretern autorisiert, sondern basierte weitgehend auf unkoordinierten Massenaktionen. Die KPCh-Führung Shanghais ging auf Geheiß von Mao auf die Rebellengruppen zu, um die Lage zu stabilisieren und die protestierenden Beschäftigten zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit zu bewegen. Während Teile der Rebellengruppen die Stabilisierungsversuche unterstützten, wandten sich andere dagegen. Die „Roten Arbeiter_innen“ (*hongse gongren* 红色工人), die größte Organisation der befristet Beschäftigten und die zweitgrößte überhaupt in der Stadt, wehrten sich gar vehement gegen die „antiökonomistischen“ Maßnahmen (S. 118).

Wu betont, dass eine genaue Analyse „spätere offizielle Erzählungen (wie auch verschiedene wissenschaftliche Versionen) in Frage stellt, welche die vielen Gesichter der Ereignisse auf eine einzige enge Lesart reduzierten, indem sie die Geschehnisse auf den konzentrierten und selbstbewussten Einsatz der Arbeiter_innen Shanghais zurückführten, welche die Produktion und die Revolution – den Anweisungen der maoistischen Führer entsprechend – selbst in die Hand genommen hätten“ (S. 120). Wu hebt dagegen hervor, dass Maos Position an diesem Punkt „ambivalent, wenn nicht gar widersprüchlich“ war (S. 121). Auf der einen Seite unterstützte er die Machtübernahme der Rebell_innen, weil er der Meinung war, „dass der Widerstand der Bürokratie gegen die Kulturrevolution

nur durch eine breitere Massenmobilisierung überwunden werden konnte“ (ebd.), auf der anderen Seite machte er sich wegen der Produktionsstörungen Sorgen.

Ab Mitte Januar 1967 verbreitete die KPCh-Führung den Slogan „Die Revolution anpacken und die Produktion voranbringen“ (*zhua geming cu shenchan* 抓革命促生产), den sie im örtlichen Kontext Shanghais eingesetzt hatte, auch landesweit als offizielle politische Devise. Sie wandte sich gegen den „konterrevolutionären Ökonomismus“, den sie Machenschaften von Klassenfeinden, der „bürgerlich-reaktionären Linie“, der „radikalen Linken“, dem „Anarchismus“ und „bürgerlichen Elementen“ zuschrieb (S. 122 ff.). „In der Orwellschen Welt der staatlich propagierten Mythologie wurden soziale Kämpfe zu konterrevolutionären Verschwörungen umgedeutet. ‚Linksradikal in der Form, aber rechtsradikal im Wesen‘ war die alchemistische Formel“ (S. 124).

Landesweit versuchte die KPCh-Führung nun, die Machtübernahme „großer Allianzen“ (*dalianhe* 大联合) durchzusetzen, um die kollabierten örtlichen Partei- und Staatsorgane zu ersetzen, die wirtschaftliche Ordnung wiederherzustellen und die Fraktionskämpfe zu beenden. „Große Allianz“ stand sowohl für die Verschmelzung von Massenorganisationen unter einer vereinten Führung als auch für die Versuche, Rebellen und Parteikader in den sogenannten „Revolutionären Komitees“ (*geming weiyuanhui* 革命委员会) zusammenzubringen. Um diesen Prozess abzusichern, ließ Mao Ende Januar 1967 die Volksbefreiungsarmee unter der Parole „Die Linke unterstützen“ (*zhi zuo* 支左) in die Kulturrevolution eingreifen. Im Februar formalisierte die Parteiführung die „Revolutionären Komitees“ als „Dreierkombination“ (*sanjiede* 三结合) aus Armeeeoffizieren, Parteikadern und Vertretern der Rebellenorganisationen (S. 126 f.). Meist waren die Armeeeoffiziere innerhalb der Komitees tonangebend. Regionen, in denen die Parteiführung die Einrichtung von Revolutionären Komitees noch nicht für angemessen hielt, wurden gar unter die direkte Kontrolle des Militärs gestellt.

In Shanghai wurde Anfang Februar 1967 zunächst die „Volkskommune Shanghai“ (*shanghai renmin gongshe* 上海人民公社) ausgerufen. „Trotz der radikalen Bildsprache, welche die Kommune beschwor, hielt sich die Hälfte der Rebell_innen in der Stadt bei ihrer Ausrufung trotzig abseits“ (S. 128). Bald darauf wandte sich Mao vom Modell der Kommune ab und warnte vor „anarchischen Tendenzen“ (S. 129). Der Begriff „Kommune“ für die neuen Machtorgane wurde verboten und auch in Shanghai die Bezeichnung „Revolutionäres Komitee“ durchgesetzt (S. 130 f.). Doch ließ sich dort die Wiederherstellung der Ordnung nicht so einfach bewerkstelligen, auch wenn der Prozess im Gegensatz zu anderen Landesteilen weitgehend ohne gewalttätige Auseinandersetzungen ablief.

Etliche Regimenter (*bingtuan* 兵团) des Arbeitergeneralhauptquartiers in Shanghai weigerten sich, der Aufforderung ihrer Zentrale nachzukommen und sich aufzulösen. Ihr Widerstand wurde jedoch niedergeschlagen. Viele soziale Missstände und Probleme, die zur Massenmobilisierung und zum Ökonomismus geführt hatten, waren nicht beseitigt worden. Mit der Etablierung neuer Herrschaftsorgane wurde vielmehr die Auszahlung von Lohnrückständen und Zulagen landesweit ausgesetzt. In die Stadt Zurückgekehrte wurden wieder aufs Land geschickt. Organisationen befristeter Beschäftigter wurden verboten, ebenso Organisationen, die über regionale und berufliche Grenzen hinweg operierten. Ihre Anführer_innen wurden verhaftet.

Zwar kam es zunächst zu weiteren Eskalationen der gärenden Konflikte zwischen Rebellen und Konservativen, doch Ende 1967, nach der Auflösung der Rebellenorganisation „Lian Si“ (联司) und vieler anderer Gruppen, waren die Roten Garden in Shanghai Geschichte. Halb im Untergrund setzten Übriggebliebene den Widerstand fort.

Zusammenfassend erklärt Wu, dass die Januar-Revolution in Shanghai „in entscheidender Weise den Anfang vom Ende der Massenpolitik“ markierte. Sie war „einer der ersten Fälle der erfolgreichen Wiederherstellung der Ordnung, eine schwierige Aufgabe, die

im Rest des Landes noch zwanzig Monate lang ungelöst bleiben sollte“ (S. 139). Er sieht die Januar-Revolution mit Bezug auf Rosa Luxemburg jedoch auch als Bruchpunkt, an dem es möglich war, dass „ökonomische Kämpfe in politische übergehen, und umgekehrt“ (S. 140). Die Unterdrückung des Ökonomismus durch die Parteiführung gelang nicht durch Gewalt allein, sondern erst durch „Vereinnahmung und Umleitung“ und das Ziehen einer „willkürlichen Grenze zwischen politischem Kampf (Rebellion) und sozial-ökonomischen Forderungen (Ökonomismus)“. Eine „machtvolle Kritik am System als Ganzem“ wurde so verhindert (ebd.).

Radikalisierung in Hunan

Im Sommer 1967 sah sich die Parteiführung um Mao zwei Gefahren gegenüber: „zunehmenden Massenangriffen auf das Militär und zahlreichen Fraktionskämpfen, die in vielen Regionen einem regelrechten Bürgerkrieg nahekamen“ (S. 144). Ab Spätsommer 1967 begann Mao, vehement für eine Wiederherstellung der Parteiorganisation zu plädieren. Er lancierte eine Säuberungsaktion gegen einige seiner Berater und wichtige Mitglieder der „Zentralen Kulturrevolutionsgruppe“ (*zhongyang wenge xiaozu* 中央文革小组) in Beijing, die seit Mai 1966 zur zentralen Parteiführung gehört hatte. Zudem weitete er die Befugnisse der Volksbefreiungsarmee aus. Unter dem Druck des Militärs wurden die Roten Garden gezwungen, ihre Reisen durch das Land aufzugeben, und 1968 kam die Bewegung langsam zum Stillstand.

Hunan, Maos Heimatprovinz, bildete, wie Wu im fünften Kapitel zeigt, eine Ausnahme, weil sich dort ab Ende September 1967 die linksradikale Rebellenorganisation „Shengwulian“ (省无联) – eine Abkürzung für *Proletarisch-Revolutionäres Komitee Große Allianz der Provinz Hunan* – der Demobilisierung und der von der Parteiführung in Beijing eingesetzten neuen Provinzregierung widersetzte. Noch am Anfang der Kulturrevolution 1966 hatte die Parteispitze in Hunan zunächst die Initiative behalten und mit Säu-

berungskampagnen gegen „parteifeindliche Elemente“ und „reaktionäre akademische Autoritäten“ begonnen (S. 148). Viele Opfer dieser Säuberung kämpften danach jedoch für ihre Rehabilitierung. Sie bildeten den Kern einer anschwellenden Rebellenbewegung. Dazu gehörte unter anderem das im Oktober 1966 gegründete „Universitätshauptquartier“ (chinesisch abgekürzt *gao si* 高司), das die örtlichen Parteiorgane angriff und sich für diejenigen einsetzte, die in den Monaten zuvor als „Konterrevolutionäre“ und „schwarze Bandenmitglieder“ gebrandmarkt worden waren. Darüber hinaus bildete sich der „Xiang-Fluss-Sturm-und-Donner“ (*xiangjiang fenglei* 湘江风雷) mit über eine Million Mitgliedern und einer heterogenen Zusammensetzung aus Arbeiter_innen, Student_innen, unteren Parteikadern, aufs Land geschickten Jugendlichen und städtischen Arbeitslosen.

Als Anfang 1967 auch in Hunan der Parteiapparat auseinanderfiel, war jedoch – anders als in Shanghai – keine der rebellischen Arbeiterorganisationen stark genug, um das Machtvakuum zu füllen und die Unterstützung der Parteiführung in Beijing zu gewinnen. Die von der KPCh-Führung mobilisierte Volksbefreiungsarmee geriet mit Rebellenorganisationen aneinander, die sich allerdings auch untereinander – mitunter gewalttätige – Auseinandersetzungen lieferten. Ende September 1967 gründeten zwei Dutzend Gruppen aus dem Umfeld der Xiang-Fluss-Sturm-und-Donner die bereits erwähnte Shengwulian. Mitglieder waren Armeeveteranen, Lehrlinge, Lehrer, Arbeiter_innen aus kleinen Fabriken, dem Transportsektor, der Leichtindustrie und aus Kooperativen, Bauern, Student_innen, Mittelschüler_innen, untere Parteikader und andere. Nach Drohungen von Premierminister Zhou Enlai (周恩来), der vor „linksradikalen Strömungen warnte“, die gegen die Volksbefreiungsarmee und den Vorsitzenden Mao vorgingen, wandten sich einige Gruppen wieder von der Shengwulian ab (S. 157).

Wu geht genauer auf „ökonomistische“ Gruppen hinter der Shengwulian ein, die in der Kulturrevolution eine Möglichkeit sahen, für eine Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen: *Veteranen* der Volksbe-

freiungsarmee genossen zwar offizielle Wertschätzung, hatten jedoch insbesondere unter Arbeitslosigkeit und einer schlechten Versorgung mit Wohnungen zu leiden. „Schwarze Teufel“ (*bei gui* 黑鬼) nannten sich jene, die Ende der 1950er Jahre als „bürgerliche Rechtsabweichler“ geächtet und danach Opfer mehrerer Säuberungsaktionen geworden waren. Viele seit Ende der 1950er Jahre *aufs Land geschickte städtische Jugendliche* kamen aus „nichtroten“ Haushalten. Sie hatten keine Chance auf einen Platz an höheren Schulen und sahen sich auf dem Land dem Misstrauen der Bauern, den harten Lebensbedingungen und der Diskriminierung durch örtliche Kader ausgesetzt. Die *Frauen* unter ihnen mussten sich gegen sexuelle Übergriffe ländlicher Kader wehren. Jetzt verlangten die Jugendlichen ein Ende der Landverschickungen und die Rückgabe des städtischen *bukou*.

Besondere Bedeutung erlangte die Shengwulian auch wegen der aus ihr heraus formulierten radikalen politischen Kritik. Einige ihrer jungen Aktivist_innen erkannten, dass es nicht um einen Konflikt zwischen Mao und Revisionisten oder zwischen Proletariat und Resten der besitzenden Klasse ging, sondern um den zwischen „einer kollektiven, roten, kapitalistischen Klasse und dem Volk als Ganzem“ (S. 170). Für diese Position stehen laut Wu insbesondere Yang Xiguang (杨曦光) und seine Genoss_innen, die sich selbst als „linksradikal“ (*jizuo* 极左) bezeichneten. Yangs Eltern waren Parteikader auf Provinzebene, die in den späten 1950er Jahren wegen ihrer Kritik am Großen Sprung gebrandmarkt und am Anfang der Kulturrevolution erneut kritisiert worden waren. Yang beteiligte sich an den Aktionen der Xiang-Fluss-Sturm-und-Donner und wurde nach dem Eingreifen des Militärs Anfang 1967 kurzzeitig interniert. Danach reiste er in mehrere nordchinesische Städte und nahm an der „großen revolutionären Verbindung“ (*geming da chuanlian* 革命大串联) der Roten Garden teil.

Seine Überlegungen zur Kulturrevolution hielt Yang in mehreren Aufsätzen fest, von denen der bekannteste im Dezember 1967 unter dem Titel „Wohin mit China?“ (*zhongguo xianghe chuqu* 中国向何处去)

erschien. Er plädierte dafür, die Partei nicht – wie von Mao betrieben – als zentrales Organ neu aufzubauen, sondern ein „Netzwerk von Schulungsgruppen“ zum Ausgangspunkt eines sozialen und politischen Neuanfangs zu machen. Seiner Meinung nach versuchte Chinas bürokratisches Establishment, „die radikalen Potentiale des Maoismus durch Vergötterung und Mystifizierung zu entschärfen“ (S. 175). Er verlangte „systematische Untersuchungen der Gesellschaft“ (S. 176) und reiste mit befreundeten Student_innen in verschiedene Teile Hunans, wo er eine Vielzahl von Konflikten beobachtete – die Zerstörung der Landwirtschaft durch den Großen Sprung, Korruption und Gewalt gegen Bauern durch lokale Kader, überhöhte Steuern und Abgaben und anderes mehr. Yang glaubte weiterhin an Maos revolutionäre Absichten und wandte sich gegen „revolutionäres Abenteuerertum“ (S. 179), wie den Versuch einiger Aktivist_innen der Shengwulian Ende 1967, Waffen und Munition vor der Volksbefreiungsarmee zu verstecken, um sich auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Er kritisierte jedoch die in Hunan und im ganzen Land vorgenommene Einsetzung Revolutionärer Komitees, weil er in ihnen einen politischen Kompromiss oder gar Rückzug erkannte. Die bürokratische herrschende Klasse oder „rote Bourgeoisie“ käme dadurch wieder an die Macht (S. 180). Yang verlangte dagegen „den Sturz der neuen bürokratischen Bourgeoisie, die komplette Neuverteilung von Macht und Eigentum und den Aufbau einer neuen Gesellschaft – der ‚Volkskommune von China‘“ (S. 181).

In der Shengwulian gab es neben Yang und seinen Sympathisant_innen noch andere, die eine radikale Kritik der Verhältnisse formulierten und sich damit in gefährliche Gefilde begaben. Wu betont jedoch, dass die Linksradiakalen der Shengwulian „trotz der Bruchstückhaftigkeit und der Widersprüche die inhärenten Grenzen des späten Maoismus wortmächtig ausdrückten, als dieser praktisch bis zu einem Punkt gebracht wurde, an dem er explodierte“ (S. 184).

Örtliche und zentrale Parteiorgane beschimpften die Linksradiakalen der Shengwulian als Anarchist_innen und Feinde der Partei.

Der dem provisorischen Revolutionären Komitee in der Provinzhauptstadt Changsha vorsitzende General erklärte sie dort vor einer Menge von 100.000 Leuten gar zum „Mischmasch sozialen Ab schaums“ (S. 187). Yang versteckte sich daraufhin, wurde jedoch später in Wuhan festgenommen und blieb bis zum Ende der Mao-Ära in Haft. Ende Februar 1968 war die Shengwulian weitgehend zerschlagen und viele ihrer Anführer_innen befanden sich in Lagern und Gefängnissen.

Historische Wurzeln des Postsozialismus

Auf paradoxe Weise [wurde] die Rebellion gegen die Autorität entfesselt, während sie gleichzeitig von Autorität umgeben [blieb]. (S. 194)

Im sechsten Kapitel schildert Wu zunächst, wie die Massenpolitik beendet wurde, während einige subversive Elemente weiterhin im Halbuntergrund aktiv blieben. Die von Teilen der Shengwulian vorgebrachte Kritik an der neuen herrschenden Klasse wurde auch in anderen Provinzen Chinas formuliert – zum Beispiel von der „Fraktion Dritter April“ (*sisan pai* 四三派) in Beijing, der „Antirestaurationsfront“ (*fan fubi xuehui* 反复辟学会) in Shanghai, dem „Bohai-Schlachtrekiment“ (*shandong bohai zhantuan* 山东渤海战团) sowie der „Oktoberrevolutionsgruppe“ (*shiyue geming xiaozu* 十月革命小组) in Shandong und der „Gesellschaft Großer Bär“ (*beidouxing xueshe* 北斗星学社) in Wuhan. Deren „skandalöse Ideen“ zogen nicht nur politisierte Student_innen an, „sondern wurden von einer zunehmend unbändigen Bewegung absorbiert“ (S. 192).

Arbeiter_innen, Student_innen und andere hatten große Erwartungen in die Kulturrevolution gehabt, die sich jedoch nicht erfüllt hatten. Die Unterbrechungen und Störungen der Herrschaftsbeziehung zwischen Volk, Proletariat, Partei und Parteiführung waren jedoch nur von kurzer Dauer, die „politische Logik“ des Herrschaftssystems stand kaum in Frage und die Rebellion fand innerhalb „einer akzeptierten Ordnung“ statt (S. 194). Einer der Haupt-

widersprüche war die Trennung der „ideologischen Führung“ von den Parteistrukturen, mit einer „Kristallisation der ideologischen Autorität in Mao auf der einen Seite und der erheblich gestiegenen Bedeutung von Massenaktionen auf der anderen“ (S. 195). Auch wenn die Rebell_innen Partei- und Staatsorgane angriffen: Die Loyalität zum obersten Führer Mao und zur Partei „als abstraktes Gebilde“ stand weitgehend außer Frage (ebd.). Maos Autorität und die schwer fassbaren „Mao-Zedong-Gedanken“ (*mao zedong sixiang* 毛泽东思想) inspirierten die Massenrebellion, bevor er zum Gegenstand eines Personenkults gemacht und für den Wiederaufbau der Partei instrumentalisiert wurde. „1966 beflügelte der Mao-Kult Ikonoklasten, 1968 schuf er Ikonen“ (S. 196).⁵

Ab Ende 1967 kreiste die Kulturrevolution weitgehend um die Versuche der Parteizentrale in Beijing, die gespaltene Massenbewegung in den Griff zu bekommen. Eine landesweite Kampagne sollte die „Disziplinlosigkeit“ und den „Anarchismus“ beenden. Während die Volksbefreiungsarmee die Roten Garden militärisch in Schach hielt, wurden ihre Organisationen aufgelöst und Schüler_innen, Student_innen und Lehrer_innen aufs Land geschickt, „um durch physische Arbeit umerzogen zu werden“ (S. 198). Der Aufbau Revolutionärer Komitees in den Provinzen hatte zwar bereits im Januar 1967 in der Provinz Heilongjiang begonnen, konnte jedoch erst im September 1968 in Tibet und Xinjiang abgeschlossen werden. In den meisten Provinzen standen Militäroffiziere den neuen Machtorganen vor.

Erst jetzt begann die gewalttätigste Phase der Kulturrevolution. Zwischen 1968 und 1972 führten die Revolutionären Komitees mehrere Kampagnen durch, um allerlei „Feinde“ zu jagen und die neue politische Ordnung abzusichern. Hunderttausende wurden verfolgt und Zehntausende getötet. Im Oktober 1968 wurde der Staatspräsident Liu Shaoqi öffentlich als „Geheimagent“ denunziert, der die KPCh „infiltriert“ habe – für Wu der „Moment, in dem die Stücke des durch die Unruhen zerrissenen sozialen und

⁵ Das Zitat stammt aus Meisner, *Mao's China*, S. 347 (siehe Anm. 2).

politischen Gefüges zusammengenäht wurden“ (S. 202). „Die ideologische Logik hinter diesen Anschuldigungen war offensichtlich: die Liu’sche Abweichung war nicht organisch in der Partei selbst entstanden, sondern ging vielmehr auf das Eindringen feindlicher Agenten zurück“ (ebd.).

Ab Ende 1968 wurden Hunderttausende städtische Schüler_innen und Student_innen aufs Land geschickt, um mit ihnen eine politische Störungsmacht loszuwerden und die wirtschaftlichen Probleme in den Städten zu lindern. Ihr „enttäuschendes Ende“ erreichte die Kulturrevolution im April 1969 beim Neunten Kongress der KPCh, „als die neue Parteisatzung das Prinzip der Disziplin, das die KPCh vor der Kulturrevolution gekennzeichnet hatte, wieder geltend machte“ (ebd.). 49 Prozent der Mitglieder des neuen Zentralkomitees der Partei kamen aus der Volksbefreiungsarmee – ein Zeichen für die „Militarisierung der chinesischen Führung“ (S. 203). Innerhalb der Volksbefreiungsarmee gab es nach September 1971 Verschiebungen, als Lin Biao, Verteidigungsminister, zweiter Vorsitzender der KPCh und Maos mutmaßlicher Nachfolger, bei einem Flugzeugabsturz in der Mongolei starb. Angeblich war er nach einem gescheiterten Putschversuch gegen Mao auf der Flucht. Der nachfolgenden Säuberungsaktion fielen viele Offiziere zum Opfer, die Lin unterstützt hatten. Schon die Erschütterungen von 1966 bis 1968 hatten das „Regime in tiefer Verwirrung und zig Millionen traumatisiert, erschöpft und desillusioniert“ hinterlassen (ebd.). Die Lin-Biao-Episode und der angebliche Putsch gegen Mao waren ein weiterer Schock, und „Enttäuschung, Verwirrung und Zynismus“ nahmen zu (S. 204).

Die frühen 1970er Jahre waren eine „Übergangsperiode, in der die Grundlagen für die bevorstehenden Umbrüche in der chinesischen Politik und Gesellschaft“ gelegt wurden (ebd.). Die Machtkämpfe in der Partei – nicht zuletzt um Maos Nachfolge – schwächten deren Kontrollfähigkeit und ließen Raum für Disziplinlosigkeit, erhöhte Kriminalität, Schwarzhandel und Korruption im Umfeld der Partei sowie eine Zunahme von Bummelstreiks, Ab-

sentismus und Güterdiebstahl in den Fabriken. „Die zunehmend ritualisierte und dogmatische Rhetorik des Maoismus hatte ihre Kraft, mit der sie den politischen Diskurs inspirierte, weitgehend verloren“ (S. 205).⁶ Wirtschaftliche Probleme drängten, doch Wu betont, dass sich China kaum am Rande eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs befand, wie das spätere Analysten behaupteten (ebd.).⁷ Die Rehabilitierung von Deng Xiaoping (邓小平) im Jahr 1973 sieht Wu als weiteren Versuch Maos, die politische und wirtschaftliche Lage zu stabilisieren. Deng war erst 1968, als zweithöchster Kader hinter Liu Shaoqi, degradiert worden, weil er „den kapitalistischen Weg eingeschlagen hatte“ (S. 206).

Die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen im sozialistischen China fand auch politischen Ausdruck. Durch die Kulturrevolution hatten viele bereits als Jugendliche politische Erfahrungen gemacht und ihre eigenen Organisationen gegründet. Sie hatten den Mächtigen Paroli geboten und neue Formen der Kritik am sozialistischen Machtsystem entwickelt und diskutiert. Anfang und Mitte der 1970er Jahre verbreiteten kleine Gruppen radikale Kritiken am „kleinbürgerlichen linken Reformismus“ der Parteiführung und legten damit die Grundlagen für den „zunehmenden demokratischen Protest“, wie Wu das nennt (S. 209). Die KPCh bestand weiterhin darauf, dass nur sie allein als herrschende Kraft einer Diktatur des Proletariats in der Lage wäre, die Probleme zu lösen. Ihre „Betonung des Staats, der Führer, der Disziplin und der ideologischen Einheit bildete nicht nur das, was [Maurice] Meisner als ‚eine grotesk pervertierte Version des Marxismus‘ bezeichnete, sondern zeigte auch die inhärenten Beschränkungen der späten maoistischen Ideologie“ (S. 210).⁸

⁶ Der ideologische Zerfall des Maoismus begann also nicht erst mit den Reformen und dem sukzessiven Umbau des chinesischen Planstaats in den 1980er Jahren.

⁷ Ein für die Aufarbeitung der Krise des chinesischen Sozialismus entscheidender Punkt. Siehe unter anderem dazu Barry Naughton, *The Chinese Economy: Transitions and Growth*, Cambridge 2007, und Carl Riskin, *China's Political Economy: The Quest for Development since 1949*, Oxford 1987.

⁸ Wu zitiert aus Meisner, *Mao's China*, S. 402 (siehe Anm. 2).

Mitte der 1970er Jahre kam es zu Massendemonstrationen, etwa in Guangzhou im Oktober 1974 und in Beijing im April 1976. Ab Oktober 1978 äußerten verschiedene soziale Subjekte, Bauern, aufs Land geschickte Jugendliche und andere, im Rahmen der „Mauerder-Demokratie-Bewegung“ (*minzhu qiang* 民主墙) ihren Protest – unter anderem auf Wandpostern mit großen chinesischen Zeichen (*dazibao* 大字报) und mit einer Vielzahl inoffizieller Zeitschriften (*minkan* 民刊). Die Fraktion um Deng Xiaoping, die in den innerparteilichen Auseinandersetzungen immer noch verwundbar war, profitierte anfangs von der Mauerder-Demokratie-Bewegung, tolerierte sie monatelang oder förderte sie gar. Nachdem Deng seine Macht konsolidiert hatte, ließ er die Bewegung jedoch unterdrücken, auch weil sich eine breitere soziale Mobilisierung abzuzeichnen begann.

Letztendlich zwangen die mannigfaltigen Auswirkungen der Kulturrevolution und die Mobilisierungen der 1970er Jahre die KPCh, ihre Regierungsführung zu ändern. Im November 1978, zwei Jahre nach Maos Tod, beschloss die KPCh auf dem Dritten Parteiplenum in Beijing ein Modernisierungs- und Reformprogramm. Die Partei brachte mehrere soziale Schichten vorübergehend unter dem Banner der Reform zusammen: Bauern, städtische Arbeiter_innen und Intellektuelle versprachen sich von den Reformen Verbesserungen. Gleichzeitig erklärte die KPCh den Klassenkampf für beendet und schaffte Chinas diskriminierendes Klassenstatussystem ab. Die nun eingeleiteten Maßnahmen lassen sich laut Wu „als Teil der Anstrengungen verstehen, die Chinas Herrschaftsschicht unternahm, um sich neuen Situationen und Aufgabenstellungen anzupassen und die Grundlage und Form ihrer Herrschaftsführung fortlaufend neu zu gestalten – und, mehr noch, als politische Antwort auf weitverbreiteten sozialen Unmut und Druck“ (S. 219). Das Reformprogramm sollte soziale Forderungen teilweise absorbieren oder neutralisieren und gleichzeitig die existierende Machtstruktur erhalten und festigen.

„Dieses politische Manöver war im Wesentlichen erfolgreich“ (S. 220). Die Marktreformen schufen – wie beabsichtigt – eine neue Elite aus Managern und Technokraten. Sie fanden die Unterstützung der Bauern und der städtischen Bevölkerung und stärkten den Einfluss der unteren Bürokraten (betriebliche Manager und lokale Kader). Mitte der 1980er Jahre war die „neue hegemoniale Formation weitgehend etabliert – trotz ihrer Fragilität und ihres mangelnden Zusammenhalts“ – eine Formation, welche China bis heute politisch beherrscht (S. 222).

Von der Revolution zur Reform

Maos permanente Revolution wurde in den 1960er begonnen, um die drohende Degenerierung der Revolution abzuwenden und das Abgleiten des Sozialismus in einen Kapitalismus zu verhindern. Genau das ist jedoch nachher passiert. (S. 15)

Im Epilog diskutiert Wu die mit der Kulturrevolution verbundene und im obigen Zitat beschriebene „Ironie der Geschichte“ (ebd.). Er fragt, ob und wie seine Dokumentation der Kulturrevolution unser Verständnis der historischen Erfahrung des chinesischen Sozialismus vertiefen kann. Die Annahmen, dass Deng Xiaoping für die Reformen eine zentrale Rolle gespielt und das Jahr 1978 (bzw. 1976, Maos Todesjahr) einen entscheidenden Wendepunkt dargestellt habe, hält Wu für „oberflächlich“ (S. 226). Er bemängelt „das Fehlen eines historisch fundierten Verständnisses der Wechselfälle des chinesischen Sozialismus“ (S. 227). Wu erwähnt die „historischen Errungenschaften“ der chinesischen Revolution nach 1949, zu denen er die Verwandlung eines „zerfallenen Chinas in einen modernen Nationalstaat“ und die „Enteignung der besitzenden Eliten“ zählt (S. 228). Leider geht er nicht genauer darauf ein, worin diese „Moderne“ bestanden habe und welche Errungenschaften er im Einzelnen meint. Er stellt jedoch immerhin fest, „dass es während der von Kommunist_innen angeführten Revolution nicht ge-

lang, alle bedeutenden sozialen und politischen Ungleichheiten zu beseitigen, auch wenn sie viele vorher existierenden Ungleichheiten eliminierte und alle anderen von Grund auf änderte“ (ebd.). Mit der Einebnung der vorher existierenden Klassenhierarchien durch den Maoismus waren nach 1949 neue soziale Widersprüche und Klassenantagonismen entstanden. „Die ökonomische Abpressung wurde durch das staatliche Gewaltmonopol erreicht, bezeichnenderweise ohne Vermittlung von Marktbeziehungen. Die Arbeitskraft nahm nicht die Warenform an; sie war [...] geradezu ‚mit den Produktionsmitteln verschmolzen‘“ (ebd.).

Chinas neue, ab Ende der 1970er Jahre langsam entstehende Marktgesellschaft war dann „keinesfalls irgendein feuchter historischer Lehm, den der große Architekt in Beijing formen konnte, wie er wollte. Die Veränderungen waren nicht Resultat gemäß einer Blaupause vorgenommener Maßnahmen, sondern ähnelten einer Bastelei – einer Art politischen *do-it-yourselfs* oder improvisierter Anpassung an die vorhandene Situation“ (S. 229). Die kapitalistische Revolution ab den späten 1970er Jahren wurde „hauptsächlich von Klassenkräften von oben angeführt, in Verbindung mit einer von unten aufsteigenden Klasse privater Unternehmer, die von der herrschenden politischen Elite vollkommen abhängig und oft in die existierende Machtstruktur kooptiert ist“ (S. 230). Im heutigen China herrscht ein neuer Block, die „unselige Allianz von Kapital und Staatsmacht“ (ebd.).

Eine genauere Erörterung dieser „unseligen Allianz“, die ja auch in den kapitalistischen Ländern des Westens in anderen Varianten existiert, bleibt Wu schuldig. Entscheidend ist sein Hinweis auf den Zusammenhang zwischen der Machtsicherung im Zuge der Kulturrevolution und dem Übergang zum Kapitalismus. „Ungeachtet der augenscheinlichen Wende oder radikalen Zäsur ist festzuhalten, dass die Entwicklung seit 1978 größtenteils auf die Natur des Regimes vor 1976 zurückgeht. Das in den letzten drei Jahrzehnten in China Geschehene ist im Wesentlichen ein organischer Auswuchs der vorher existierenden sozialen Beziehungen und politischen Pro-

zesse; es ist die kontinuierliche, aber ungleichmäßige bürokratische Reorganisation und Transformation der herrschenden Klasse, die sich durch den Parallelprozess der Marktliberalisierung entfalten konnte“ (ebd.). Die Kulturrevolution hatte das staatssozialistische System Chinas ernsthaft bedroht, und die Versuche der herrschenden Elite, das System durch Repression und Kooptation der Bewegung abzusichern, führten unerwartet zu seiner grundlegenden Transformation. Durch die Reformen wurden staatliche und unternehmerische Funktionen „symbiotisch verwoben und leninistische Institutionen und Praktiken anderweitig eingesetzt, um aus den neuen Marktverhältnissen Vorteile zu schlagen“ (S. 230 f.).

In den 1980er Jahren wurde die Erosion des maoistischen Sozialvertrags, der vor allem der (minoritären) städtischen Arbeiterklasse soziale Standards und Absicherungen garantiert hatte, noch weitgehend durch steigende Einkommen abgefedert, welche auf die neuen Marktmöglichkeiten zurückgingen. Ab Ende der 1980er Jahre ließ die Schubkraft der neuen, hybriden Wirtschaft jedoch nach. „Nun zeigten sich die schädlichen Auswirkungen des Marktes“ (S. 231). Die Tian’anmen-Bewegung 1989 war ein Ergebnis der wirtschaftlichen Probleme und der damit zusammenhängenden schrumpfenden Legitimität der KP-Regierung. „Die brutale Unterdrückung der Protestbewegung von 1989 ebnete den Weg für die radikale Privatisierung der 1990er Jahre, die mit der verbreiteten neoliberalen Ideologie gerechtfertigt wurde“ (S. 232). Durch die Marktreformen hat Chinas herrschende Klasse ihre politische Macht und die wirtschaftliche Entwicklung an den Imperativ der Kapitalakkumulation gebunden.

Wu vergisst nicht zu erwähnen, dass „Chinas offensichtlicher ökonomischer Erfolg – ungeachtet der verschärften Widersprüche und unsicheren Aussichten – im Wesentlichen darauf beruhte, dass das Land als eines der letzten großen Territorien in die kapitalistische Weltökonomie eingegliedert wurde und seine riesige disziplinierte Arbeitskraftreserve mobilisiert werden konnte, um den globalen Kapitalismus wieder auf Touren zu bringen, der sich in einer

anhaltenden strukturellen Krise befand und verzweifelt nach neuen Märkten oder niedrigeren Kosten verlangte“ (S. 233 f.). Neben dem Zugriff auf billige Arbeitskräfte war China für das globale Kapital auch deshalb attraktiv, weil es eine in der Mao-Ära ausgebaute Infrastruktur bot und der Bildungs- und der Gesundheitssektor relativ funktionstüchtig waren. Insbesondere waren Chinas staatliche Organisationen in der Lage, „ein für die Kapitalakkumulation günstiges politisches Umfeld zu bewahren, also die Aufrechterhaltung von Disziplin und Stabilität“ durch einen „autoritären Staatsapparat“ zu gewährleisten, „der unerbittlich gegen die Selbstorganisation von Arbeiter_innen vorgeht und soziale Proteste unterdrückt“ (S. 234).

Die Kulturrevolution, so schreibt Wu am Ende des Buches, war „als politisches Projekt letztendlich wirkungslos“ – eine „unvollendete permanente Revolution“ (S. 235). Seiner Meinung nach entspringt die „historische Verzerrung und Deformierung des Sozialismus in China wie auch im Sowjetblock“ zunächst und vor allem der „unzertrennbaren Verknüpfung des sozialistischen Projekts mit seiner staatlichen Form“ (S. 238). Wu fordert eine duale Kritik, sowohl des Kapitals als auch des Staates, „der Logik bürokratischer Herrschaft und der kapitalistischen Akkumulation“, eine Kritik, die von der Analyse des real existierenden Sozialismus in China (und anderswo) ausgeht (ebd.).

Insgesamt ist Wu Yichings Buch ein spannender Abriss zu zentralen Aspekten der Kulturrevolution. Zu den wenigen Schwächen gehören diverse Wiederholungen, die manchmal undeutliche Chronologie der Ereignisse und sein zuweilen nachlässiger Umgang mit Begriffen wie Sozialismus und Demokratie. Zu den Stärken gehören seine Ausführungen zum verdrehten Klassenkonzept des Maoismus, zur Entwicklung der linksradikalen Elemente und zum Zusammenhang zwischen der Wiederherstellung der Parteiautorität Ende der 1960er Jahre, dem Einbinden der sozialen Proteste in den 1970ern und den improvisierten Reformen ab 1978. Der Blick von den Rändern ermöglicht ihm, einige auch in der Linken populäre

Mythen zu zerstören und die linksradikale Bedrohung des sozialistischen Klassensystems offenzulegen, die vom Parteistaat – durch Repression und Kooptierung – erfolgreich abgewendet wurde. Wu zeigt schließlich, wie das Wiedererstarken der Parteiinstanzen und die Neuzusammensetzung der herrschenden Klasse den Übergang zu einem staatskapitalistischen Regime und Chinas Reintegration in den globalen Kapitalismus einleiteten.